

Archiv  
Vorstandes der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands, Bonn  
3. SEP. 1964

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/188

Bonn, den 3. September 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2a Jetzt mehr denn je: Strategie des Friedens 140

Willy Brandt vor der Sozialistischen Internationale

Glosse:

3 Die Schublade des Franz Josef Strauß 24

"Da sind noch mehr Angebote"

3 Deplacierter Lärm 20

General Panitzki als Zensor

4 - 5 Ein unzulängliches Gesetz 95

Wohrbeihilfen - nüchtern betrachtet

Von Reinhard Scheele

6 Piratensender fordert holländische Regierung heraus 50

Stahlinsel im Meer sendet buntes Werbeprogramm -

Den Haag plant Gegenschlag - Kleinaktionäre fürchten Pleite

+ + + + +

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 59 Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170

Telefon: (0 22 21) Geschäftsführung 2 19 01, App. 3/19 • Redaktion: (2 18 31/32) • Telex: B 886 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Jetzt mehr denn je: Strategie des Friedens

Willy Brandt vor der Sozialistischen Internationale

G.M. z.Z. Brüssel

Willy Brandt hat am Donnerstag vor dem Generalrat der Sozialistischen Internationale in Brüssel die Erhaltung der Geschlossenheit der freien Völker in der Ost-West-Auseinandersetzung als eine der Hauptaufgaben der sozialistischen Parteien bezeichnet. Der SPD-Vorsitzende und Regierende Bürgermeister von Berlin geht hierbei von der Voraussetzung aus, daß trotz der sich im östlichen Machtbereich abzeichnenden Differenzierungen die von dem ermordeten Präsidenten Kennedy geforderte Politik der "Festigkeit und Beweglichkeit" nach wie vor das Mittel ist, um Konflikte ohne Gewalt zu lösen. Auf dem Wege zu einer solchen Politik lag das Atomtest-Stop-Abkommen, sowie die Übereinkunft der Begrenzung der Produktion von spaltbarem Material. Dieser Weg muß - so schwierig er auch sein mag - fortgesetzt werden.

Brandt lenkte in diesem Zusammenhang die Aufmerksamkeit auf die widersprüchliche Haltung der Sowjets bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf. Einerseits erklärt Moskau, an die Adresse von Peking gewandt, daß ein Krieg kein Problem löse; andererseits verhält es sich in den praktischen Fragen der Rüstungsbegrenzung oder der Abrüstung oft so, als wolle es den Rüstungswettlauf um jeden Preis fortsetzen.

Hier sieht Brandt eine große Aufgabe der sozialdemokratisch regierten Länder und aller sozialdemokratischen Parteien, deren traditionelle Verpflichtung es ist, Widersprüche zu klären und Mißverständnisse zu beseitigen, um auf diese Weise ihren Beitrag zur Überwindung des kalten Krieges zu leisten. Mit Nachdruck betonte Brandt jedoch, die sozialistischen Parteien hätten darüber zu wachen, daß Rüstungsstop und Abrüstung nach dem Prinzip der Gleichwertigkeit zu erfolgen habe, "damit kein Mißbrauch mit der Sehnsucht von Millionen Menschen nach Frieden getrieben werden kann". Auf diese Weise zeigt der SPD-Vorsitzende die Interdependenz von Abrüstung und Sicherheit.

Ein anderes Problem, das immer mehr die Anhänger aller politischen Richtungen, besonders in Europa, beschäftigt, hat Brandt ebenfalls zur Diskussion gestellt und damit eine Perspektive angedeutet, die gesehen werden muß, wenn man die Probleme der Zeit vernünftig lösen will: Das ist die Frage des Verhaltens der freien Völker zu den Völkern im östlichen Machtbereich. Die meisten osteuropäischen Staaten sind heute nicht mehr nur Satelliten Moskaus. Jeder dieser Staaten versucht, zu sich selbst zu finden, ohne hierbei die Vorstellung aufzugeben, daß der Kommunismus der "richtige Weg" sei. In dieser Beziehung - so sagt Brandt - dürfe sich niemand Illusionen hingeben. Trotzdem sollten die freien Völker bei bilateralen oder multilateralen Beziehungen zu den osteuropäischen

Staaten diese als vollwertige Partner anerkennen. Ökonomische, technische und kulturelle Kontakte müssen vom Westen in koordinierter Form das Ziel haben, den menschlichen und nationalen Emanzipationsprozeß der osteuropäischen Völker zu fördern.

Natürlich sprach Willy Brandt auch über das ungelöste Deutschlandproblem. Der SPD-Vorsitzende hat hierbei einmal mehr deutlich gemacht, daß die Sozialdemokratie die Selbstbestimmung für das deutsche Volk nicht fordert, weil "wir mehr haben wollen als andere", sondern weil wir nur das wollen, was in der Charta der Vereinten Nationen für alle Völker verankert ist.

Der Generalrat der Sozialistischen Internationale hat diese Grundsatzklärung des SPD-Vorsitzenden gebilligt. Es ist beachtlich, daß die aus allen Teilen der Welt nach Brüssel gekommenen Delegierten keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, wie sehr sie die Lösung auch ihrer eigenen, gewiß nicht einfachen Probleme im Zusammenhang mit der Frage sehen, den Frieden zu erhalten. Hier ergibt sich in engster Zusammenarbeit der Parteien der Sozialistischen Internationale ein gewaltiges Aufgabenfeld. Willy Brandt hatte recht, als er sagte, daß die Sozialdemokraten in der ganzen Welt jeden Bundesgenossen begrüßen, der - sei es als große geistige Autorität wie der Papst oder als Präsident eines mächtigen Staates, wie der ermordete Präsident Kennedy und der jetzige Präsident Johnson - die Welt zur Vernunft aufrufe.

#### Pittermann würdigt die Verdienste Ollenhauers

Als der neue Präsident der Sozialistischen Internationale, der österreichische Vizekanzler und Vorsitzende der Sozialistischen Partei Österreichs, Dr. Bruno Pittermann, den Dank für seine Wahl aussprach, galten seine ersten Worte dem verstorbenen Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, der im vergangenen Jahre in Amsterdam zum Präsidenten der jetzt hundert Jahre bestehenden Weltorganisation des internationalen demokratischen Sozialismus gewählt worden war. Pittermann, der seit seiner Jugend mit Erich Ollenhauer in tiefer Freundschaft verbunden war, würdigte das Leben dieses Mannes, unter dessen Führung die deutsche Sozialdemokratie für alle Parteien des demokratischen Sozialismus zum Vorbild und zu einem starken Bollwerk der Freiheit in Europa wurde.

#### Wirtschaft bestimmt das Schicksal

Starke Beachtung fand am Mittwoch das Referat des norwegischen Außenministers Halvard Lange zur Situation des Welthandels sowie die Intervention der Vorsitzenden der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament in Straßburg, der sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Käthe Strobele. Käthe Strobel entwickelte insbesondere die Vorstellungen der sozialistischen Parteien in den sechs EWG-Ländern und in den EFTA-Ländern zu den Problemen des Welthandels. Sie forderte, daß die "Kennedy-Runde" nicht nur als ein

wirtschaftliches Problem betrachtet werde; man müsse die politische Aufgabe der Synchronisierung von Handelsbeziehungen der Länder der freien Welt erkennen, um einmal die Verbindung zwischen den USA und Europa zu festigen und zum anderen die Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und denen der Freihandelszone in jeder Beziehung intensivieren zu können.

Für die Arbeit der sozialistischen Parteien in der EWG forderte Käte Strobel ein langfristiges Aktionsprogramm, das die Modernisierung der Agrarwirtschaft zum Ziele hat, um den Ausgleich sowie den notwendigen Anschluß der Landwirtschaft an die industrielle Entwicklung sicherzustellen. Ein starkes Echo fand die Forderung Käte Strobels nach einer langfristigen Koordination aller Maßnahmen, die geeignet sind, das soziale Gefälle innerhalb der EWG-Länder aufzuheben. Hier bietet der EWG-Sozialfonds die Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Expansion auch derjenigen Gebiete, die im Strudel eines oft hektischen Liberalisierungsprozesses zu kurz gekommen sind.

In einer weiteren Perspektive sind auch die Entwicklungsländer in diesen Prozeß mit einzubeziehen. Es genüge nicht, so erklärte Käte Strobel, den Entwicklungsländern Agrarprodukte abzukaufen. Eine moderne Welthandelspolitik müsse auch die gewerbliche und industrielle Produktion in den Entwicklungsländern fördern, damit diese mit der Zeit zu vollwertigen und gleichberechtigten Partnern im Kreislauf weltweiter Handelsbeziehungen werden können.

Es ist bezeichnend für den Geist in der Sozialistischen Internationale, daß die hier in Brüssel vertretenen Auffassungen nicht etwa im Sinne von Theorien diskutiert werden, sondern auf ihre Anwendungsmöglichkeiten in der praktischen Politik geprüft worden. Hier wird deutlich, daß der moderne demokratische Sozialismus, von der Grundlage eines als richtig erkannten theoretischen Zieltes ausgehend, den Schritt in die Praxis längst getan hat.

So ist auch die Tatsache zu erklären, daß in den harten Auseinandersetzungen der europäischen Gremien die Vorschläge der Sozialisten zum ökonomischen und politischen Zusammenwachsen Europas immer stärkeren Anklang selbst bei jenen finden, die keineswegs Sozialisten sind.

Natürlich sind sich die Delegierten in Brüssel der Schwierigkeiten, die es noch zu überwinden gilt, bewußt. Davon unabhängig jedoch ist nicht abzustreiten, daß die vom internationalen und freiheitlichen Sozialismus entwickelten Methoden und Vorschläge für das friedliche Zusammenleben der Völker mehr und mehr Zustimmung und Anerkennung finden.

Glosse:

Die Schublade des Franz Josef Strauß

M.B. - Franz Josef Strauß, so konnte man unlängst lesen, habe ein Angebot als "Manager" in der Industrie erhalten. Das Jahressalär von 130 000 Mark, das ihm in Aussicht gestellt worden sei, übersteige das des Bundeskanzlers ganz beträchtlich, soll Strauß befriedigt hinzugesetzt haben. Auch sonst übertrumpft Franz Josef Strauß in vielen seinen hochgestellten Parteifreund Erhards. Auch im Maßhalten liegt Franz Josef weit vor ihm. Wenigstens weiß solches die Strauß'sche Hauspostille, der 'Bayern-Kurier', zu berichten. Papier ist geduldig. "Strauß und Erhard sprachen mit Cabot Lodge", meldete kürzlich Kurier-Chef Schmöllner mit fetten Lettern. Zwar sprach Lodge zuerst mit Erhard und doch wohl auch vor allem mit Erhard und nebenbei mit Strauß; aber was solls? Mit Karl Schmöllner ist in diesen Dingen nicht zu spaßen; da wird immer die rechte Reihenfolge beachtet. Karl Schmöllner ist seinen großen Boß viel treuer, als es Franz Josef Strauß sich selbst je sein könnte; er ist -sozusagen- ein Franz Josef Strauß im Quadrat. Zum Glück ist die Sache nicht hoffnungslos. "In meiner Schublade sind noch mehr Angebote aus der Industrie!" ließ der Boß aus Bayern verlauten. Und vielleicht, vielleicht... Man wagt es kaum auszusprechen: Wenn er nun wirklich ginge? Auf immer gar? - Wie hieß das doch vor Jahresfrist: "Wem es hier nicht paßt, der kann ja gehen!" Nun denn; warum eigentlich nicht, Herr Strauß?

Deplacierter Lärm

G.R. - Die Düsenflugzeuge der Bundesluftwaffe und auch die unserer NATO-Verbündeten machen einen erheblichen Lärm bei Start und Landung, bei Tief- und Überschallflügen mit dem gefürchteten "Schallknall". Daß die davon betroffenen Bundesbürger verlangen, daß diese Lärmbelästigung auf das wirklich unvermeidliche Mindestmaß beschränkt wird, ist ihr gutes Recht. Daraus aber zu folgern, daß die Bürger der Bundesrepublik weniger Bereitschaft zeigen als die der anderen westlichen Länder, Opfer für die Verteidigung ihrer Freiheit zu bringen - wie dies Luftwaffeninspekteur Generalleutnant Panitzki vor der Presse tat -, ist zu billig und die Formel "Die Bevölkerung muß Lärm ertragen oder wir müssen auf die Verteidigung verzichten", zu einfach. Völlig deplaciert erscheint aber die Bemerkung Panitzkis, diese Lärmbelästigung dürfe nicht "zum Gegenstand des Wahlkampfes" gemacht werden und es sei "unverständlich", daß Abgeordnete an Protestmärschen teilnehmen, anstatt die Bevölkerung zu beruhigen. Der General ist nicht befugt, sich als Zensor über das Verhalten der Parlamentarier aufzuschwingen, die berechtigt und verpflichtet sind, sich nachdrücklich der berechtigten Anliegen der Bevölkerung anzunehmen.

## Ein unzulängliches Gesetz

### Wohnbeihilfen - nüchtern betrachtet

Von Reinhard Scheele

Die hohen Mieten für freifinanzierte Neubauwohnungen rufen heute kaum noch Erstaunen hervor. Auch der öffentlich geförderte Wohnungsbau gerät wegen seiner ständig steigenden Mieten in Gefahr, die Bezeichnung "sozial" zu verlieren. Die schon jetzt erhobenen Mietforderungen für nicht mehr der Bewirtschaftung unterliegende Wohnungen vermitteln einen Eindruck von der Größenordnung, in der zukünftig die Mieten für Altbauwohnungen zu suchen sind.

Schon bisher konnten nur die Besitzer höherer Einkommen eine freifinanzierte Wohnung bezahlen. Viele Familien können nur mit Mühe die Miete für eine öffentlich geförderte Wohnung aufbringen. Da der soziale Wohnungsbau zudem rückläufig ist, werden auch einkommensschwächere Wohnungssuchende demnächst mehr und mehr auf die teuren freifinanzierten Wohnungen zurückgreifen müssen. Hunderttausende Mieter von Altbauwohnungen machen nun in einigen Wochen die Erfahrung, daß auch ihre Mieten von der Preisspirale erfasst worden sind. Für alle die Familien, die schon heute oder in Zukunft nicht mehr allein aus eigener Kraft ihre Miete aufbringen können, wurde bekanntlich das Wohnbeihilfengesetz geschaffen.

### Keine "soziale Errungenschaft"

Aus der Art und Weise, wie dieses Gesetz ständig herausgestellt wird, wie es als eine "große soziale Errungenschaft" gefeiert wird, sollte man eigentlich schließen, daß damit tatsächlich ein Instrument geschaffen worden ist, das jeder Familie ein Mindestmaß an Wohnraum wirtschaftlich sichert.

Doch das trifft keineswegs zu. Bei den Beratungen dieses Gesetzes hat die Bundestagsmehrheit der CDU/CSU und FDP durch den Einbau von Begrenzungen und Einschränkungen dafür gesorgt, daß auch bei den Wohnbeihilfen die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Zur Vermeidung größerer Enttäuschungen in der Öffentlichkeit über die Möglichkeiten dieses Gesetzes erscheint es erforderlich, von Zeit zu Zeit auf die dem Gesetz noch anhaftenden Mängel hinzuweisen.

### Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht berücksichtigt

Einkommensgrenzen für die Beihilfeberechtigung sind sinnvoll und unerlässlich. Fraglich ist jedoch, ob die derzeitigen, dem Zweiten Wohnungsbaugesetz entnommenen Grenzen bei der inzwischen eingetretenen Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht zu niedrig bemessen sind. Familien, deren Einkommen die Grenzen nur geringfügig überschreitet, werden besonders hart getroffen, da dem Mehrbetrag an Einkommen eine oft vielfache Mehrausgabe für Miete gegenübersteht.

Eine zumutbare Selbstbeteiligung an der Miete, gemessen an der Familiengröße und dem Einkommen, ist ebenso selbstverständlich. Doch sollte diese Selbstbeteiligung nach sozialdemokratischer Auffassung 20 Prozent des Einkommens nicht übersteigen. Das Gesetz

sieht aber selbst für eine Familie mit drei Kindern noch einen höheren Anteil vor. Hinzu kommt noch, daß der selbst zu tragende Mietanteil durch die Wirksamkeit der weiteren Einschränkungen dieses Gesetzes tatsächlich in den meisten Fällen wesentlich höher liegt.

- \* Eine dieser Einschränkungen, gegen die sich die Sozialdemokraten mit Nachdruck gewandt haben, besteht darin, daß
- \* unabhängig von allen anderen Bestimmungen ein in seiner
- \* Höhe nach Einkommen und Familiengröße gestaffelter Teil-
- \* betrag der beihilfefähigen Miete in jedem Fall vom Mieter
- \* selbst getragen werden muß, wobei allerdings die tatsächliche Miete in den meisten Fällen höher ist als die beihilfefähige Miete.

#### "Mindestwohnflächen" problematisch

Eine weitere Einschränkung liegt in der Begrenzung der Wohnfläche, für die eine Wohnbeihilfe beantragt werden kann. Da es sich hierbei nur um Mindestwohnflächen handelt, die den heute allgemein üblichen, aber keineswegs übertriebenen Wohnungsgrößen nicht mehr entsprechen, können weitere Härten nur dann vermieden werden, wenn die zuständigen Bewilligungsbehörden die Bestimmungen elastisch handhaben und die Zahl der von einer Familie benötigten Räume stärker berücksichtigen als die nach dem Gesetz benötigte Wohnfläche.

Ein Dilemma befand sich der Gesetzgeber zugegebenermaßen bei der Festsetzung der Miet-Obergrenzen, bis zu denen Wohnbeihilfen überhaupt gewährt werden dürfen. Einerseits sollten mit diesen Obergrenzen Richtsätze für die Mieten auf einem freien Wohnungsmarkt gegeben und nicht extrem hohe Mieten geradezu provoziert werden. Andererseits erwiesen sich diese Obergrenzen schon bald als zu niedrig, da sie bei Neubauwohnungen wegen der hohen Herstellungskosten nicht einzuhalten sind und bei Altbauwohnungen aus Gewinnstreben nicht eingehalten werden. Benachteiligt ist in jedem Fall der Mieter, der die die Obergrenze übersteigende Miete in voller Höhe bezahlen muß.

#### Das Gesetz ist revisionsbedürftig

Bei diesen Betrachtungen dürften nicht nur die Unzulänglichkeiten dieses Gesetzes deutlich geworden sein, sondern auch die Umständlichkeit, mit der es zu handhaben ist.

Wenn in unserem bundesrepublikanischen Wunderland ein gesunder Familienvater, der Tag für Tag seiner Arbeit nachgeht, schon nicht in der Lage ist, von seinem Einkommen die Miete für eine familien-gerechte Wohnung in voller Höhe selbst zu bezahlen und er somit auf eine staatliche Beihilfe angewiesen ist, darf er wenigstens erwarten, daß das Verfahren keinen Offenbarungseid nahekommt und letztlich nicht nur Alaosen dabei herauspringen. Deshalb muß alles getan werden, um eines Tages doch noch zu einer besseren Regelung zu kommen.

### Piratensender fordert holländische Regierung heraus

Stahlinsel im Meer sendet buntes Werbeprogramm -  
Den Haag plant Gegenschlag - Kleinaktionäre fürchten Pleite

F.K. - Millionen holländischer Fernseher warten gespannt auf das "illegale" Nordseeprogramm von REM-Island. Das volle Programm dieses kommerziellen Unternehmens beginnt bunt gemischt mit Werbung in dieser Woche. Die REM-Insel ist eine auf 28 Meter hohen Mammutpfeilern errichtete Stahlplattform. Sie liegt mitten im Meer, zehn Seemeilen vor der Küste. Der Bau der künstlichen Insel kostete elf Millionen Mark. Wenn nicht in absehbarer Zeit Kanonenboote der holländischen Marine eingreifen und den Sender stoppen, werden die reichen Hinterwänner, aber auch die kleinen Finanziere dieses neuesten europäischen Reklamewunderwerkes hier in kurzer Zeit ihr Vermögen vervielfachen. Die Werbezeit des Piratensenders ist bereits für fünf Monate ausverkauft.

Die von den REM-Planern brüskierte Regierung in Den Haag erwägt, ihre Hoheitsrechte in diesem Fall über die drei Seemeilengrenze hinaus geltend zu machen. Sie gründet ihre Überlegungen auf die Genfer Konvention über den Festlandsockel, die ihr und den anderen Nordseeanrainern seit 1958 das Recht einräumt, Bodenschätze auf dem Meeresgrund auch jenseits der Dreimeilenzone auszubeuten. Regierungsexperten meinen, dass dieser Anspruch auf den der Küste weit vorgelagerten Festlandsockel das Recht einschliesst, Bauten auf dem unter Wasser gelegenen Landmassiv zu genehmigen oder zu verbieten. Für den Bau von REM-Island sei kein ordnungsgemässer Antrag gestellt worden, sagt Den Haag, also könne man auch gegen die "Piraten" vorgehen.

Manager des erfolgversprechenden Werbeunternehmens ist ein mit altem Wassern gewaschener Geschäftsmann, der 60jährige Jo Brandel. Man sagt, er beziehe allein für dieses Unternehmen ein Jahresgehalt von 33 000 Mark. Brandel erklärte jetzt in Amsterdam gelassen: "In unserer Insel steckt viel ausländisches Kapital. Wenn die Holländer Gewalt anwenden, wird sie ein bestimmtes Land, das ich aus taktischen Gründen nicht nennen will, beim internationalen Gerichtshof verklagen." Aber es ist kein Geheimnis mehr, wer vor allem Geld in REM investiert hat. Zwei Drittel des Kapitals kommt von holländischen Interessenten, die sich darum gerissen haben, 350 000 Kleinaktien im Werte von je 25 DM zu bekommen. Die Ausschreibung war dreimal überzogen; so gross war die Nachfrage. Der schlaue Nynkeer Brandel meint denn auch zuversichtlich: "Wenn die Regierung eingreifen sollte, dann verlieren ungefähr 200 000 Holländer ihr Geld. Das wird die Leute in Den Haag nachdenklich machen." Beteiligt in grossem Stil sind ferner der Wertbesitzer Cornelis Verolme, ein Kaufmann Peter Tietje Heerema und die Amsterdamer Bank Peixera de Mattos.

Der Piratensender kann jetzt etwa zwei Drittel der zwölf Millionen Holländer mit seinem "Kontrastprogramm" erreichen. Brandel rechnet fest damit, dass nach relativ kurzer Anlaufzeit mindestens fünf Millionen Fernseher ständig auf den REM-Nordseekanal schalten werden. Etwa ein Zehntel des Programms werden Werbebeiträge sein, schon jetzt kostet die Minute bis zu 3 400 Mark. Die Werbegebühren sollen aber heraufgeschraubt werden, sobald die Erfolgchancen von REM-Island gestiegen und die politischen Gewitterwolken über dem meerumschlungenen Piratensender abgezogen sein werden.